

POLITIK

AUSLAND

ISRAEL

Behörden verhindern propalästinensische Aktion

118 ausländische Aktivisten warten in Israel auf ihre Abschiebung in ihre Heimatländer. Die Behörden hatten zuvor 122 propalästinensische Aktivisten, die zu einer Solidaritätsaktion in die Palästinensergebiete reisen wollten, am Tel Aviver Flughafen festgenommen, wie die Einwanderungsbehörde mitteilte. Zwei der zunächst 15 inhaftierten Deutschen und zwei Niederländer wurden freigelassen. Die Aktivisten wollten eigentlich in die Palästinensergebiete reisen, um an ein Urteil des Internationalen Gerichtshofs (IGH) in Den Haag vor fünf Jahren zu erinnern, in dem die von Israel im Westjordanland errichtete Sperranlage als illegal bezeichnet wurde. Nach Angaben der Einwanderungsbehörde waren die meisten der festgesetzten Aktivisten Franzosen, weitere kamen aus den USA, Belgien, Bulgarien, Spanien und den Niederlanden. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes in Berlin sagte, weiterhin seien 13 Deutsche betroffen und würden von der deutschen Botschaft in Tel Aviv konsularisch betreut.

MALAYSIA

Polizei beendet Proteste Tausender Regierungsgegner

Tränengas, Wasserwerfer und 1600 Festnahmen: Die Regierung von Malaysia hat eine Demonstration von Regierungsgegnern gewaltsam aufgelöst. Nach Angaben der Veranstalter hatten am Wochenende rund 50 000 Menschen auf den Straßen der Hauptstadt Kuala Lumpur Wahlrechtsreformen gefordert. Ministerpräsident Najib Razak verteidigte den Polizeieinsatz: „Wir mögen kein Chaos. Wir mögen Frieden. Wir wollen ein Land, in dem die Menschen in Harmonie leben“, sagte er. Die Polizei brachte Wasserwerfer und Tränengas zum Einsatz. Unter den Verletzten war nach Angaben aus Oppositionskreisen auch Oppositionsführer Anwar Ibrahim, der Tränengas abbekam. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International kritisierte den Polizeieinsatz und forderte die Freilassung der Festgenommenen. Einige Hundert waren am Sonntag zunächst noch in Polizeigewahrsam. „Als Mitglied des UN-Menschenrechtsrats sollte Malaysia ein Beispiel geben, wie Menschenrechte respektiert werden“, sagte Donna Guest, zuständig für Südosstanien. „Stattdessen sieht es so aus, als unterdrücke die Regierung sie.“

DAS PORTRÄT



Südsudans Salva Kiir ist der 193. Staatschef

Es ist der Sieg eines stillen Strategen. Der ehemalige Buschkämpfer Salva Kiir (60) krönte sein Lebenswerk am Wochenende damit, die südsudanische Flagge über der neuen Hauptstadt Juba zu hissen, eine vorläufige Verfassung zu unterschreiben und sich selbst – natürlich mit seinem Markenzeichen auf dem Kopf, einem schwarzen Stetson – zum Präsidenten des 193. Staates der Erde (und 54. Staat Afrikas) küren zu lassen. Kiir bezieht seine Popularität und Reputation aus seiner Herkunft und seinem Engagement für einen freien Südsudan. Aus einfachsten Verhältnissen stammend, schloss er sich bereits als Jugendlicher den Kämpfern der südsudanesischen Rebellenarmee SPLA an und machte Karriere als gewiefter Geheimdienstler – in enger Zusammenarbeit mit SPLA-Chef John Garang. Der mehrheitlich christlich-animistische Süden kämpfte mehr als 20 Jahre erbittert gegen die Vormundschaft des arabisch-islamischen Nordens und den wegen Kriegsverbrechen international gesuchten Präsidenten Omar al-Baschir. Kiir wird aber erst zum unangefochtenen Führer, als der charismatische Garang 2005 bei einem Hubschrauberabsturz ums Leben kommt. Er spielt seine strategische Stärke aus und führt den Südsudan in die Unabhängigkeit. Kiir weiß, dass seine Arbeit jetzt erst beginnt: Sein Land, so groß wie Spanien und Portugal zusammen, hat Öl, aber keine Pipelines zu den Verladehäfen im Norden. Und Baschir will die östliche Grenzprovinz Abyei nicht aufgeben. Kiir wird Hilfe brauchen – von der Weltgemeinschaft. *Dietrich Alexander*

■ Demonstranten versperren den Zugang zum größten Gebäude in Kairo – dem Symbol für Misswirtschaft und Nepotismus

■ Militär-Regierung geht nicht scharf genug gegen Straftäter in den eigenen Reihen vor

AMIRA EL AHL
KAIRO

An der Mugamma, dem mächtigen, kafkaesken Gebäude und Symbol für Misswirtschaft und Nepotismus, prangt ein kleines, aber unmissverständliches Graffiti: ein Porträt von Feldmarschall Hussein Tantawi hinter Gittern. Davor sitzen Hunderte und veranstalten einen Sitzstreik. „Ich spüre keinen Wandel. Wir haben Mubarak gestürzt und Tantawi bekommen“, steht auf einem Plakat, das ein Mann im mittleren Alter vor seine Brust hält. Am Freitag waren Hunderttausende auf den Tahrir-Platz gekommen, um ihrem Unmut über diese Situation Luft zu machen. Es war die größte Demonstration, die Kairo seit dem Sturz Mubaraks gesehen hat. Auch in anderen Städten im Land gingen die Menschen wieder zu Tausenden auf die Straße.

„Wir sind gekommen, um den gleichen Druck auszuüben wie während der Revolution“, sagt Mustafa Dessouki. „Wir sind gekommen, um den Sturz des Regimes zu verlangen, weil die ganze Regierung korrupt ist, nicht nur eine Person.“ Dessouki ist kein Aktivist, kein junger Wilder, er war politisch nie aktiv. Der 35-Jährige ist frisch verheiratet und arbeitet als Manager bei einem Privatunternehmen. Es geht ihm gut, aber die Situation in Ägypten sei nicht mehr tragbar. „Wirklich nichts hat sich verändert seit dem Sturz Mubaraks“, sagt er bei 40 Grad im Schatten auf dem Tahrir-Platz. Die einzige Möglichkeit, um Reformen vom Militärrat zu erzwingen, an dessen Spitze Tantawi steht, sei stetiger Druck. „Wir müssen bleiben und zeigen, dass sie mit uns nicht spielen können.“

Die Frustration und Ernüchterung bei den Ägyptern über den Kurs des Militärrats ist in den vergangenen Wochen stetig gestiegen. Am 28. Juni kam es zu brutalen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten, bei denen 1000 Menschen verletzt wurden. Die Polizei schoss mit Tränengas und Gummigeschossen in die Menge. Die Übergriffe wurden als Beweis dafür gewertet, dass Mubaraks notorischer Polizeiparapparat immer noch funktioniert.

Die Justiz arbeitet ebenfalls nicht zur Zufriedenheit der Revolutionäre. Die Gerichtsverfahren gegen den ehemaligen Innenminister Habib al-Adly, seine Helfer und Polizeioffiziere, die des Mordes von Demonstranten angeklagt sind, werden immer wieder verschoben. Sieben des Mordes verdächtige Polizisten aus Suez wurden auf freien Fuß gesetzt. Die ehemaligen Minister für Information, Finanzen und Bau wurden von Vorwürfen der Korruption freigesprochen.

Gleichzeitig wird Aktivisten und Menschenrechtlern vor Militärgerichten ein schneller Prozess gemacht. Mehr als 5000 Zivilisten sollen in den vergangenen fünf Monaten von Militärgerichten zu teilweise jahrelangen Haftstrafen ver-



Wieder finden sich jeden Freitag Zehntausende auf dem Tahrir-Platz von Kairo ein, weil sie unzufrieden sind mit dem Fortgang der versprochenen Reformen

Die Revolution zuerst

Muslimbrüder, Salafisten und junge Wilde eint die Wut auf den ägyptischen Militär, der mit diffusen Erlässen und Prozessverschleppungen seinen Kredit im Volk verspielt

urteilt worden sein, während Mubarak und seine Söhne immer noch nicht vor Gericht erschienen sind.

„Die Militärführung tut nur so, als ob sie Reformen wollte. Im Grunde wollen sie keinen Wandel, und wir können auch nicht wirklich von ihnen verlangen, dass sie ihre Kollegen vor Gericht stellen und verurteilen“, sagt Mustafa Dessouki. Wie er denken mittlerweile viele Ägypter. Das anfängliche Vertrauen in den Militärtrat schwindet mit jedem Tag mehr. Das Militär ist die einzige Säule des alten Regimes, die bisher völlig unberührt geblieben ist. Denn die Militärführung stellte sich während der Revolution auf die Seite der Demonstranten und wiederholt seitdem ihr Bekenntnis, eine zivile Demokratie in Ägypten einzuführen. Ihre Taten sprechen indes dagegen.

Im Grunde ist es nicht verwunderlich, dass die Militärführung kein Interesse daran hat, den Status quo zu ändern. Seit dem Militärcoup 1952 kamen alle Präsidenten des Landes aus dem Militär. Politisch wie auch wirtschaftlich ist die Armee die mächtigste Institution im Land. Seit dem Friedensvertrag mit Israel 1979 hat das Militär etwa 36 Milliarden US-Dollar bekommen und ist damit der größte Empfänger amerikanischer Militärhilfe nach Israel. Jedes Jahr kommen 1,3 Milliarden hinzu. Das Offizierscorps herrscht darüber hinaus über ein ausge dehntes Wirtschaftsimperium mit Firmen, Fabriken und lukrativen Beteiligungen. Im Juni hat Hussein Tantawi das Militärrecht ändern lassen: Korruptionsvorwürfe gegen amtierende oder pensionierte Militärs sollen nur noch vom Militär selbst untersucht werden.

„Der Militärtrat kooperiert nicht mit der Revolution, er versucht sie zu beherrschen“, sagt Mustafa Dessouki. „Sie reagieren auf unsere Forderungen, aber sie gehen nicht auf sie ein.“ Es sei ein Schachzug gewesen, Mubarak zu opfern, um dann damit zu beginnen, die Bevölkerung zu spalten – in Islamisten und Kopten, Konservative und Liberale. „Der Militärtrat benutzt dafür genau die gleiche Taktik wie schon Mubarak.“

Die Muslimbruderschaft und andere islamistische Gruppen unterstützen im Gegensatz zu den meisten liberalen Parteien den Zeitplan der Militärführung für Wahlen. Die liberalen Parteien befürchten, dass die gut organisierten Gruppen größte Nutznießer früher Parlamentswahlen sein werden und mit der erwarteten Mehrheit die künftige Verfassung formen werden.

Ibrahim al-Hudeibi, ehemaliges Mitglied der Bruderschaft, behauptet, dass nur etwa 15 Prozent der Ägypter die Gruppierung als Partei akzeptieren würden. Auch Mustafa Dessouki glaubt nicht an einen Kampf zwischen Säkularen und Islamisten. „Das Regime übertreibt die Macht der Islamisten in ihrem eigenen Interesse.“ Es schlage seit Jahrzehnten in die gleiche Kerbe: „Ihr habt die Wahl: entweder wir oder die Fundamentalisten.“ Das Regime bewahre sich mit dieser Taktik seine Machtposition.

„Der Militärtrat benutzt genau die gleiche Taktik wie schon Mubarak“

Mustafa Dessouki, Manager und Demonstrant

Besonders für die Jugend der Bruderschaft sind Islam und Zivilstaat kein Gegensatz. „Im Islam gibt es das Konzept des religiösen Staates überhaupt nicht“, sagt Sondos Asem. Sie ist aktives Mitglied der Bruderschaft und versucht in öffentlichen Debatten ihrem Publikum zu erklären, warum sie einen Zivilstaat unterstützt. „Der Islam sollte die Staatsreligion und die Hauptquelle der Legislative sein, denn seine Grundsätze sind Freiheit, Gleichheit, menschliche Würde und Gerechtigkeit.“ Sie sei entschieden gegen Geistliche, die Religion für machtpolitische Zwecke missbrauchen.

Seit dem Sturz Mubaraks hat der Militärtrat das Parteigesetz überarbeitet und es erleichtert, Parteien zu gründen. Auch die Islamisten profitieren von dieser Neuerung: Die Muslimbruderschaft gründete die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei. Doch mit der verstärkten politischen Beteiligung steigt auch der interne Konflikt. Immer offensichtlicher wird der Zwiist innerhalb der Bruderschaft, vor allem zwischen der alten und der jungen Garde. Ihren vorerz letzten Höhepunkt fand der Konflikt im Ausschluss fünf junger Mitglieder, die trotz eines Verbots des Führungskomitees der Bruderschaft ihre eigene Partei gründen wollten. Auch lang gediente Mitglieder der Bruderschaft sind bei der Führungsspitze in Ungnade gefal-

len. So hat die Führungsgarde verlauten lassen, dass die Gruppe an den kommenden Präsidentschaftswahlen nicht teilnehmen werde. Der hochrangige, als liberal geltende Muslimbruder Abdel Moneim Aboul Fotouh hat aber bereits angekündigt, als Unabhängiger kandidieren zu wollen.

Die Salafisten, die eine streng konservative Form des Islam vertreten und eine Minderheit in Ägypten darstellen, haben ebenfalls eine eigene Partei gegründet. Einigkeit herrscht zwischen den islamistischen Parteien nicht, weil ihre Ideologien stark voneinander abweichen und von liberal bis extrem konservativ alle Tendenzen vertreten sind.

Trotz aller Differenzen finden sich Muslimbruderschaft, Salafisten und Liberale immer öfter gemeinsam auf dem Tahrir-Platz ein. Das Motto, das sie alle eint, lautet: „Die Revolution zuerst“.

„Es gibt Linke und Rechte in jeder Ideologie, aber in dieser Revolution geht es nicht um Religion“, sagt Mustafa Dessouki, als er bei Einbruch der Dunkelheit vor dem Stahlgerüst der verlassenen Bühne der Muslimbrüder steht. Im Gegensatz zu den liberalen Aktivisten wollen die Islamisten die Militärführung nicht öffentlich herausfordern und kritisieren. Sie halten daran fest, dass Wandel mit ihr möglich ist.

Daran glauben die Aktivisten, die wieder auf dem Platz ausharren, nicht. Sie glauben an die Macht des zivilen Ungehorsams. Sie haben den Verkehr zum Erliegen gebracht, versperren den Eingang zur Mugamma und wollen bleiben, bis sie erhört werden. Sie wollen endlich ernten: die Früchte ihrer Revolution.

„Gegen mich wird ein Schauprozess geführt“

Die ukrainische Oppositionspolitikerin Julia Tymoschenko sieht sich als Opfer einer korrupten Justiz

In der Ukraine tobt ein Machtkampf – wieder einmal. Derzeit steht die ehemalige Ministerpräsidentin Julia Tymoschenko vor Gericht. Der Vorwurf: Amtsmissbrauch. Die Show ist perfekt: Mal droht die Räumung des Saals, ein anderes Mal bricht der Verteidiger mit einer Herzattacke zusammen. Wem nutzt dieses Verfahren? Mit Tymoschenko sprach in Kiew Nina Jeglinski.

DIE WELT: Sie stehen seit Monaten unter enormem Druck. Hat das letzte Jahr Sie verändert?

JULIA TYMOSCHENKO: Die Ereignisse schweißen meine Partei und mich immer enger zusammen und härten uns ab. Wir bekommen große Unterstützung von ganz normalen Bürgern, das zeigen die vielen Mails und die Woge der Sympathie, die meine Partei trotz aller Einschränkungen erfährt. Meine Natur ist es, dass unter Druck meine Stärke erst richtig zur Entfaltung kommt. Ich weiß, dass ich für die richtigen Werte kämpfe.

Das Verfahren wird live im Fernsehen übertragen. Das ganze Land schaut zu. Was fühlen Sie, wenn Sie im Gerichtssaal sind?

Die TV-Übertragung ist wichtig. Zum einen, weil die beiden letzten unabhängigen Sender übertragen, zum anderen kann jeder Ukrainer verfolgen, wie es aussieht, wenn ein autoritäres Regime Prozesse gegen seine Bürger führt. Ich erlebe derzeit genau das, was Millionen meiner Landsleute bereits durchgemacht haben. Wer in der Ukraine vor Gericht steht, macht Bekanntheit mit einer zu tiefst korrupten Justiz. Ich habe eine Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht. Ich habe gegen kein Gesetz verstoßen. Am Ende wird das Regime die Quittung bekommen. Die gesamte westliche Welt weiß mittlerweile, welche Art von Regierung derzeit die Ukraine führt.

Wie lange wird der Prozess dauern? Welches Urteil erwarten Sie?

Ich kann mit hundertprozentiger Garantie sagen: Der Richter hat aus der Ad-

ministration von Präsident Viktor Janukowitsch die Order erhalten, den Prozess schnell zu beenden. Das Kalkül ist, mich schuldig zu sprechen – jetzt im Sommer, wenn alle im Urlaub sind.

Vor dem 24. August, dem Unabhängigkeitstag?

Ich kann es nicht sagen, wie und wann es zu Ende sein wird. Ukrainische Gerichte funktionieren nach folgendem Prinzip: Erstens einen Feind ausmachen. Zweitens das Urteil vorbereiten und drittens das Gerichtsverfahren eröffnen.

Sie sind wegen der Gasverträge, die Sie im Januar 2009 mit Russland verhandelt haben, angeklagt. Mit den Verträgen soll der Ukraine ein Schaden in Milliardenhöhe entstanden sein. Hat der russische Premier Wladimir Putin Sie damals erpresst?

Der Ukraine wurde der Gas-



UKRAINISCHE GASPRINZESSIN

Julia Tymoschenko, geboren am 27. November 1960 in Dnipropetrowsk, war von Januar bis September 2005 und von Dezember 2007 bis März 2010 Premierministerin der Ukraine